

(Abg. Theis (CDU))

Politik sich bloß selbst verpflichten, diese Ziele zu verfolgen, dann kann es - wie so oft und wie es dem politischen Prozess immanent ist - zu Zielkonflikten kommen. Das zeigen die Erfahrungen der Staatswirtschaften, wo am Ende vor dem Zusammenbruch, insbesondere auf deutschem Boden der DDR, gerade keine gute Infrastruktur vorlag. Dieser Zielkonflikt entsteht zum Beispiel, wenn es darum geht, notwendige Investitionen zugunsten von niedrigen Preisen auf die lange Bank zu schieben. Deshalb ist die faktische und rechtliche Trennung von Aufsicht und Netzbetreiber durch eine staatliche Behörde oder eine Verstaatlichung aufzuheben, genau der falsche Weg. Das Ergebnis wäre, dass das, was gut gemeint war, zu schlechteren Resultaten für die Endverbraucher führen würde als der Weg des regulierten Wettbewerbs.

Die Koalitionsfraktionen werden daher Ihren Antrag heute ablehnen, da wir bei aller Sensibilität für die Probleme, die Sie beschreiben, in einer Verstaatlichung den falschen Weg sehen. Es macht eben in diesem Fall keinen Sinn, die Probleme eines natürlichen Monopols durch die Schaffung eines staatlichen Monopols beheben zu wollen. Im Gegenteil: Die Antwort auf diese Herausforderungen in einer sozialen Marktwirtschaft ist die Regulierung des Wettbewerbs. Nur dadurch erreichen wir gesellschaftliche Ziele mit wirtschaftlicher Effizienz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade weil wir aber nicht blind sind für das Spannungsfeld, dem die Regulierung eines solchen Marktes stets unterliegt, wollen wir die Evaluierung der 2009 eingeführten Instrumente der Anreizregulierung ehrlich und kritisch begleiten. Dazu gehören auch einige Punkte, die der Antrag der SPD enthält. Wir wollen diese Evaluierung gemeinsam auch und gerade für die saarländischen Netze durchführen. Denn das gemeinsame Ziel muss es letztendlich sein, im Sinne aller Marktteilnehmer, aber auch im Sinne der Verbraucher eine kostengünstige, sichere und qualitativ hochwertige Energieversorgung sicherzustellen. Dafür treten wir ein. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsident Jochem:

Zur Begründung des Antrags der SPD-Landtagsfraktion Drucksache 14/457 erteile ich Frau Abgeordneter Anke Rehlinger das Wort.

Abg. Rehlinger (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Völlig unabhängig davon, welches Ausbauziel man für die erneuerbaren Energien wählt, ob ich 20 Prozent bis 2020 in ein Programm schreibe, ob ich 25 Prozent oder 30 Prozent hineinschreibe, entscheidend ist, dass man

ein leistungsfähiges Stromnetz braucht, um tatsächlich den Strom von der Stätte der Erzeugung zu den Verbrauchern zu transportieren.

(Präsident Ley übernimmt den Vorsitz.)

Das ist der Flaschenhals für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Die zuletzt veröffentlichte dena-Netzstudie hat in Kilometern zum Ausdruck gebracht, was das für Höchstspannungsleitungsnetz bedeutet. Es geht um die so genannten 380-kV-Leitungen. Es ist die Rede davon, dass wir mittlerweile allein in Deutschland 4.500 Kilometer zusätzlich an Netzausbau betreiben müssten. Tatsächlich ist in den letzten Jahren nur ein Bruchteil davon realisiert worden. 90 Kilometer wurden ausgebaut. Das zeigt, wie hoch die Diskrepanz zwischen den erforderlichen und den tatsächlich eingeleiteten Schritten ist.

Die geschätzten Kosten für den Netzausbau, um das an dieser Stelle einfließen zu lassen, belaufen sich auf rund 6 bis 9 Milliarden Euro. Und das - dies sollte man der Ehrlichkeit halber auch sagen - sind natürlich Kosten, die über die Netzentgelte wieder hereingeholt werden müssen. Im Ergebnis müssen sie von den Verbrauchern mit entsprechenden Renditeaufschlägen bezahlt werden. Derzeit machen die Netzentgelte 30 Prozent des Strompreises für den Haushaltskunden aus. Das sind in etwa 5,5 Cent pro Kilowattstunde. Davon wiederum entfallen nur 10 Prozent auf die Höchstspannungsleitungen. Wir sprechen also von 0,5 Cent pro Kilowattstunde. Das zeigt, wie sich der Ausbau auf die Strompreise auswirken wird. Es gibt eine Auswirkung, aber ich glaube, sie ist überschaubar. Insbesondere vor dem Hintergrund der Notwendigkeit des Ausbaus werden wir wohl nicht umhinkommen, diesen Schritt zu gehen, auch wenn er sich kostenwirksam zeigen wird.

Es geht nicht nur um die Kosten, sondern auch um das Problem des auftretenden öffentlichen Widerstands bei der Durchführung des Netzausbaus. Das macht die ganze Sache nicht einfacher. Überall dort, wo 380-kV-Trassen geplant sind, formiert sich sofort Widerstand, der das Genehmigungsverfahren verzögert oder zum Erliegen bringt. Erdverkabelungen können partiell, wohl aber wirklich nur partiell, eine Alternative sein. Eine flächendeckende Lösung ist sicherlich schwierig zu realisieren, nachdem es Kostenschätzungen gibt, die besagen, dass es sechs oder auch neun Mal so teuer ist wie Höchstspannungsleitungen. Das würde die Strompreise - völlig unabhängig davon, wer Eigentümer oder Betreiber des Netzes ist - ganz erheblich in die Höhe treiben. Nichtsdestotrotz sollte es dort, wo es notwendig ist, nämlich am Rande von Wohnbebauungen, das Mittel der Wahl sein.

Kolleginnen und Kollegen, ob allein aus den vorgeannten Gründen wie Proteste, Kosten und so weiter oder möglicherweise aus strategischen Gründen,

(Abg. Rehlinger (SPD))

nämlich um den fortschreitenden Ausbau der dezentralen Energieversorgung und der erneuerbaren Energien zu bremsen, gleich also aus welchen Gründen - beim Netzausbau ist viel zu wenig passiert. An dieser Stelle besteht dringender Handlungsbedarf. Sonst schaffen wir den massiven und notwendigen Ausbau der regenerativen Energien nicht.

Vor diesem Hintergrund ist an eine Überführung der Netze in eine Hand, möglicherweise auch eine Art deutsche Netz AG unter staatlicher Beteiligung denkbar. Dies ist ein Szenario, das man angesichts der Bedeutung, die die Netze für die Daseinsvorsorge haben, ernstlich in Erwägung ziehen sollte. Die SPD hat dies im Übrigen in ihrem Regierungsprogramm zur letzten Bundestagswahl zum Ausdruck gebracht. Dies entspricht auch den Forderungen, die zum Beispiel der Naturschutzbund aufgestellt hat. Es ist eine Forderung, die ebenso die GRÜNEN zum Ausdruck gebracht haben. In europäischen Ländern ist es vielfach so, dass Netze sich in staatlicher Hand befinden. Schließlich gibt es auch eine Vorgabe der EU-Kommission, die verlangt, dass es eine Trennung zwischen Produktion und Netzbetrieb gibt. Das wäre die klarste Trennung, die man vollziehen könnte.

Jetzt kann man natürlich darüber streiten, wie man es konkret ausgestalten soll, ob man an der Netzgesellschaft einen Anteil von 50,1 Prozent oder eine Sperrminorität von 25,1 Prozent hält. Das ist sicherlich eine Fragestellung, über die sich trefflich streiten lässt. Entscheidend ist allerdings zu verhindern, dass Stromnetze zum Beispiel in chinesischen oder australischen Pensionsfonds landen und damit die Entscheidungen über Erhalt und Ausbau nicht an der Notwendigkeit einer sicheren Stromversorgung in Deutschland ausgerichtet werden, sondern vielmehr an den Renditeerwartung eines ausländischen Pensionsfonds. Meine sehr verehrten Damen und Herren, einer solchen Entwicklung dürfen wir nicht tatenlos zu sehen. Es reicht schon, wenn die Heuschrecken hier Betriebe übernehmen und an die Wand fahren. Bei den Stromnetzen als Kernelement der Infrastruktur für die Volkswirtschaft dürfen wir so etwas nicht zulassen.

Kolleginnen und Kollegen, deshalb dürfen wir die Diskussion Netzausbau nicht nur auf die 380-kV-Leitungen beziehungsweise 220-kV-Leitungen beschränken, wir müssen vielmehr auch die Situation der regionalen Verteilernetze in den Blick nehmen. Auch hier haben wir insbesondere aus saarländischer Sicht einen erheblichen Handlungsbedarf. Auch die regionalen Verteilernetze müssen so aufgestellt sein, dass eine dezentrale fluktuierende Stromeinspeisung möglich ist. Überall dort, wo es die Pläne gibt, Windräder aufzustellen, muss es auch aus netztechnischer Sicht möglich sein. Hier

müsste an allererster Stelle zunächst einmal eine umfassende Stärken- und Schwächenanalyse des saarländischen Verteilernetzes durchgeführt werden, um auch einen Überblick zu erhalten, wo dies ohne Weiteres jetzt schon möglich ist oder wo entsprechende Ertüchtigungen oder Lückenschlüsse vorgenommen werden müssen, um das im Einzelnen realisieren zu können.

Natürlich müssen wir auch zukünftig auf intelligente und effiziente Netze setzen. Ich will nur die Stichworte „smart grids“, „smart metering“, virtuelle Kraftwerke etc. nennen.

Einen letzten Punkt will ich auch noch anführen, der aus unserer Sicht gerade für das Saarland von Bedeutung ist, nämlich der Aufbau einer kommunalen Netzservicegesellschaft, die sich dann auch mehrheitlich im saarländischen Eigentum befindet. Ziel ist es, dass relevante Entscheidungen im Saarland getroffen werden. Ich darf darauf hinweisen, dass es nicht ausreichend ist, eine kommunale Entscheidungsstruktur herzustellen, wenn diese letztendlich in Nordrhein-Westfalen in einem Stadtrat in Dortmund zum Tragen kommt. Nein, was wir brauchen, ist eine Bündelung der Interessenlage im Saarland, und zwar zum Nutzen des Saarlandes hier vor Ort. Ich glaube, hierzu kann eine kommunale saarländische Netzservicegesellschaft einen wichtigen Beitrag leisten. Insofern ist auch die saarländische Landesregierung aufgefordert, entsprechende Gespräche zu initiieren und positiv zu begleiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, angesichts der Notwendigkeit und Dringlichkeit des Netzausbaus müssen wir handeln. Ich glaube, das ist eine Gemeinsamkeit, die wir am heutigen Tage feststellen können. Wir dürfen allerdings nicht zulassen, dass der Netzausbau zum Bremsklotz für die Energiewende wird, notfalls auch durch eine Überführung der Netze in eine öffentliche Hand, auf jeden Fall im Saarland durch den Aufbau einer saarländischen Netzservicegesellschaft. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsident Ley:

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat für die FDP-Landtagsfraktion der Kollege Karl-Josef Jochem.

Abg. Jochem (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen, das Stromübertragungsnetz ist ein elementarer Bestandteil der für Bevölkerung und Wirtschaft wichtigen Infrastruktur. Dies hat die Fraktion der LINKEN gut erkannt. Für uns Liberale ist eine hohe Netzqualität ein wichtiger Bestandteil sicherer, preisgünstiger und umweltverträglicher Energieversorgung.